



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

VERMITTLUNGSAUSSCHUSS: STEUERPOLITISCHE ERGEBNISSE DER SITZUNG AM 12.12.2012 →

Der Vermittlungsausschuss (VA), bestehend aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates, hat in seiner Sitzung am Mittwoch im Bereich Steuerpolitik verschiedene Gesetze behandelt. Für die meisten streitigen Gesetze waren heute Beschlüsse im Bundestag und Bundesrat vorgesehen. Jedoch wurde die Beschlussfassung für das gesamte Paket in das neue Jahr verschoben. Hintergrund ist eine Auseinandersetzung über die steuerliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartner mit Eheleuten. Die Linken hatte überraschend einen Antrag hierzu gestellt, SPD und Grüne folgten diesem, nachdem bereits weitgehend über zahlreiche Einzelheiten im Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013) Einigung erzielt worden war. Der „unechte Einigungsvorschlag“ soll nunmehr erst im neuen Jahr zur Abstimmung gestellt werden.

Folgende Ergebnisse wurden im Vermittlungsausschuss erzielt:

1. Gesetz zum Abbau der kalten Progression (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

EU-KOMMISSION: VORSCHLÄGE ZUR BEKÄMPFUNG VON STEUERHINTERZIEHUNG UND STEUERUMGEHUNG →

Das politische Ziel, mögliche Lücken in internationalen Steuerstandards zu schließen, gewinnt zunehmend an Bedeutung. Am vergangenen Donnerstag, den 06.12.2012 wurden der erwartete Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung der EU-Kommission sowie zwei Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten zu den Mindeststandards für Drittländer und Maßnahmen gegen eine aggressive Steuerplanung veröffentlicht.

Bereits im März 2012 forderte der Rat der Europäischen Union die EU-Kommission auf, neue Wege zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung in der EU zu entwickeln. Daraufhin veröffentlichte die EU-Kommission im Juni 2012 anlässlich des EU-Gipfels eine Mitteilung (IP/12/697), in der ein dreistufiger Ansatz (nationale Ebene, EU-Ebene, international) herausgearbeitet wurde, um gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug vorzugehen. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 5**.

EDITORIAL

Liebe Leser,

in der mit Spannung erwarteten Sitzung des Vermittlungsausschusses am Mittwochabend kam es zu einem Tauziehen zwischen Regierung und Opposition. Erwartungsgemäß wurde das Steuerabkommen mit der Schweiz durch die Opposition verworfen. Beim Gesetz zum Abbau der kalten Progression sowie dem Gesetz zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung hat man sich auf Minimallösungen verständigt. Überraschend war, dass sich die Opposition – nachdem man sich bereits zu zahlreichen Punkten im Jahressteuergesetz 2013 geeinigt hatte – einem von den Linken gestellten Antrag zur steuerlichen Gleichstellung homosexueller Lebenspartner mit Eheleuten anschloss. Der daraus resultierende „unechte Einigungsvorschlag“ hätte heute im Bundestag und sodann im Bundesrat beschlossen werden sollen. Nun beruft sich die Koalition auf verpasste Fristen und das gesamte Paket wird ins neue Jahr verschoben. Der Ausgang darf mit Spannung erwartet werden.

Der steuerpolitische Krimi hat damit in diesem Jahr vorerst sein Ende genommen – Fortsetzung folgt. So verabschiedet sich der BID Steuerpolitik ebenfalls bis zur zweiten Januarwoche in eine Weihnachtspause. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und wünschen Ihnen ein erholsames Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



→ TOP-ISSUES (Fortsetzung)

STEUERPOLITISCHE MASSNAHMEN IM JAHRESWACHSTUMSBERICHT 2013 DER EU-KOMMISSION →

Mit der Veröffentlichung ihres Jahreswachstumsberichts 2013 am 28.11.2012 facht die EU-Kommission die Diskussion über die richtige Art und Weise der Besteuerung erneut an. Im Jahreswachstumsbericht vermittelt die Kommission ihre Sicht der wirtschaftspolitischen und sozialen Prioritäten für das kommende Jahr. Der Bericht gibt den Mitgliedstaaten Anhaltspunkte, wie sie Wachstum und Beschäftigung im Einklang mit der langfristigen Wachstumsstrategie Europa 2020 fördern können. Er läutet das Europäische Semester ein, d. h. den Zyklus der haushalts- und wirtschaftspolitischen Koordinierung, in dem die nationalen politischen Konzepte gemeinsam überprüft und auf EU-Ebene bestätigt werden sollen, um sicherzugehen, dass alle Mitgliedstaaten „am gleichen Strang“ ziehen. Der Jahreswachstumsbericht gilt für die gesamte EU und wird im weiteren Verlauf des Europäischen Semesters in länderspezifische Empfehlungen einfließen. Dies ist der dritte Jahreswachstumsbericht seit Einführung des Europäischen Semesters im Jahr 2010. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 10**.

BFH: MEHRERE GEWERBLICHE BETÄTIGUNGEN FÜHREN NICHT NOTWENDIG ZU EINEM EINHEITLICHEN GEWERBEBETRIEB →

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Revisionsurteil vom 24.10.2012, X R 36/10 das vorangegangene Urteil des FG bestätigt und entschieden, dass mehrere gewerbliche Betätigungen im Sinne des § 2 GewStG (Gewerbsteuergesetz, in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 BGBl. I S. 4167) eines Unternehmers, bei Betrieb einer Photovoltaikanlage und eines Einzelhandels, nicht zu einer Zusammenfassung zu einem einheitlichen Gewerbebetrieb führen.

Nach § 2 Abs. 1 GewStG bildet jeder stehende Gewerbebetrieb einen Steuergegenstand der Gewerbesteuer. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 11**.

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. www.fintax-pa.de

CONTENT

→ TOP-ISSUES SEITE 1

Vermittlungsausschuss: Steuerpolitische Ergebnisse der Sitzung am 12.12.2012

EU-Kommission: Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerumgehung

Steuerpolitische Maßnahmen im Jahreswachstumsbericht 2013 der EU-Kommission

BFH: Mehrere gewerbliche Betätigungen führen nicht notwendig zu einem einheitlichen Gewerbebetrieb

→ OUTGOING (10.11.–14.12.12) SEITE 13

Ergebnisse des Vermittlungsausschusses u. a. zum Jahressteuergesetz 2013

Unterrichtung durch die Bundesregierung zur Auswirkung der Luftverkehrsabgabe auf den Luftverkehrssektor

→ STATUS (14.12.12) SEITE 15

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Entwurf eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Jahressteuergesetz 2013

Gesetz zu dem Abkommen zwischen der BRD und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Haushaltsbegleitgesetz 2013

Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden

Gesetz zum Abbau der kalten Progression

→ UPCOMING (17.12.-21.12.12) SEITE 25

BUNDESTAG: Nächste Sitzungswoche: 14.-18.01.2013

BUNDESRAT: Nächste Plenumsitzung: 01.02.2013



→ BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK](#)

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.berlinerinformationsdienst.de

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, sbj@polisphere.eu, 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Lillemor Ullrich, lu@polisphere.eu, -26

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@polisphere.eu, -27

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@polisphere.eu, -20

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@polisphere.eu, -20

IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

berlin@polisphere.eu
www.polisphere.eu